

## **Rede zum Antrag der FDP-Fraktion „Deutsches und europäisches Abstimmungsverhalten in Bezug auf Israel bei den Vereinten Nationen neu ausrichten“**

**14. März 2019**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Vor fast genau einem Jahr haben wir in unserem Parlament sehr würdig den 70. Jahrestag der Gründung Israels begangen. Wir haben dazu einen gemeinsamen Antrag der Koalition und der FDP verabschiedet. Das Parlament hat diesem Antrag bei Enthaltung einer Fraktion fraktionsübergreifend zugestimmt. Dieser Antrag ist nach wie vor gültig und in jeder Hinsicht umsetzbar. In diesem Antrag steht auch: Die sichere Existenz Israels gehört zur Staatsräson unseres Landes und ist für uns nicht verhandelbar. – Und das bleibt so. (Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/ DIE GRÜNEN und des Abg. Frank Müller Rosentritt [FDP]) Wir schützen in internationalen Organisationen Israel und israelische Interessen vor ungerechtfertigten Angriffen. Im nächsten Monat übernimmt die Bundesrepublik Deutschland den Vorsitz im Weltsicherheitsrat. Auch dort stehen Themen aus dem Nahen und Mittleren Osten ganz oben auf der Tagesordnung. Und wir sind uns bewusst, dass wir Israel fördern und stützen müssen im Rahmen seiner Repräsentanz in internationalen Organisationen. Ich glaube, dafür steht jede Fraktion in diesem Hause ein, ganz besonders aber die Union. (Beifall bei der CDU/CSU) Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, der Antrag der FDP beinhaltet einige Punkte, die Beachtung verdienen. Es ist zutreffend: Die Generalversammlung der Vereinten Nationen und der Internationale Menschenrechtsrat haben ein sehr, sehr einseitiges Abstimmungsverhalten. Aber was folgt denn daraus? Der Antrag der FDP enthält einige sehr erstaunliche Formulierungen. Ich habe noch nie einen Antrag zu außenpolitischen Fragen im Bundestag gesehen, der sich ausschließlich auf Zahlen, auf quantitative Erhebungen stützt. Es geht hier nur um die Anzahl der Anträge. Der Antrag enthält aber kein Wort in Richtung einer Beurteilung des Nahostfriedensprozesses, nicht eine Anmerkung zum Scheitern des Nahostfriedensprozesses, nicht eine Anmerkung dazu, warum die Palästinenser radikal eine Internationalisierungsstrategie fahren, indem sie insbesondere Staaten des Globalen Südens instrumentalisieren für ihre israelkritische Position. Die FDP fordert jetzt in ihrem Antrag, dass wir die Rolle Kanadas übernehmen sollen. (Otto Fricke [FDP]: Nicht die „Rolle“! – Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann [FDP]: Mal wieder nicht richtig zugehört!) Kanada hat einen Nachbarn im Süden und im Norden den Nordpol. Wir haben als Land in der Mitte Europas die Verantwortung, eine gemeinsame europäische Position zu erarbeiten. Kritisch ist – das wissen wir selbst –, dass es in der Europäischen Union eine ganze Reihe von Staaten gibt, die sich in den letzten Jahren palästinafeindlich und israelgegnerisch oder gar israelfeindlich aufgestellt haben. (Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann [FDP]: Kommen Sie einmal zur Sache!) Unsere Aufgabe ist es doch nicht, aus diesen Verträgen auszusteigen und abstinent zu werden, uns quasi eine weiße Weste zu machen, sondern es ist unsere Aufgabe, uns in die Bresche zu werfen, für Israel Stimmungen aufzunehmen, mit Israel kritisch über die Siedlungspolitik zu sprechen (Beifall des Abg. Martin Patzelt [CDU/CSU] – Zuruf des Abg. Otto Fricke [FDP]) und auf der anderen Seite nicht zuzulassen, dass die Vereinten Nationen dauerhaft instrumentalisiert werden von einer völlig konfusen palästinensischen Politik. (Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD) Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir sollten deshalb mit kühlem Kopf an diesen Antrag gehen. Wir sollten uns als Bundestag auf das beziehen, was wir vor einem Jahr zum 70. Jahrestag parteiübergreifend verabschiedet haben, und uns nicht instrumentalisieren lassen durch eine rein quantitative Erhebung, was in welchen Anträgen abgeht. Für uns ist vielmehr wichtig, dass wir erstens innerhalb Europas für eine israelfreundliche Stimmung sorgen und zweitens die Bedenken, die gegen Israel vorgetragen werden, Israel gegenüber deutlich machen, (Zuruf des Abg. Otto Fricke [FDP]) uns dabei aber ganz klar in der Form positionieren: Das Existenzrecht Israels und auch eine Zweistaatenlösung sind für uns nicht verhandelbar. – Deshalb lassen wir uns auch nicht instrumentalisieren. (Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der

SPD) Vizepräsidentin Claudia Roth: Herr Kollege, erlauben Sie eine Zwischenfrage oder -bemerkung des Kollegen von der FDP-Fraktion? (Zurufe von der SPD: Nein! – Tageszeit!) Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Natürlich erlaube ich das. Wir wollen doch eine lebendige Debatte, liebe Kolleginnen und Kollegen. (Beifall bei Abgeordneten der AfD und der FDP) Bijan Djir-Sarai (FDP): Vielen Dank, Herr Kollege Kiesewetter. – Lieber Roderich, du hast ja soeben die Sicherheit des Staates Israel angesprochen. Mich würde in dem Zusammenhang interessieren, weil du das eben so betont hast, was eigentlich genau die außenpolitische Linie dieser Bundesregierung ist. Ich nenne mal ein Beispiel: Am Vormittag wird im Plenum seitens der Bundesregierung erzählt: Wir stehen an der Seite Israels. – Am Abend desselben Tages gehen Vertreter dieser Bundesregierung in die iranische Botschaft und feiern 40 Jahre islamische Revolution. – Was ist eigentlich die Position Ihrer Bundesregierung? Wofür stehen Sie, und was konkret tun Sie für die Sicherheit des Staates Israel? (Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der AfD) Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Vielen Dank, Herr Kollege Djir-Sarai, lieber Bijan. – Das genau ist der Punkt. Bei Ihnen haben wir nur die Wahl zwischen Schwarz und Weiß. Wenn ein Staat ein Jubiläum hat, dann gilt es, das auf diplomatischer Ebene angemessen anzunehmen. (Zuruf von der LINKEN: Nationalfeiertag! – Zurufe von der FDP: Ah!) Aber bei Israel geht es darum, dass wir das Existenzrecht Israels, das durch den Iran gefährdet wird, eindeutig schützen und die Art und Weise, wie der Iran das Existenzrecht Israels gefährdet, ansprechen, auch bei Veranstaltungen anlässlich eines Jubiläums. Ich sitze nicht auf der Regierungsbank. Ich bin Parlamentarier, und ich vertrete hier die Auffassung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Und dazu gehört, dass wir alles tun müssen, damit im Nahen und Mittleren Osten der Friedensprozess wieder in Bewegung kommt. Dazu gehört auch, dass wir die Gesprächskanäle offen halten, lieber Kollege Djir-Sarai, auch zum Iran. Deshalb müssen wir alles tun, damit die Stimme Israels eine starke Unterstützung erfährt, genauso wie wir die berechtigten Anliegen und die berechtigte Kritik an Israel rüberbringen müssen. Die Herausforderung, vor der wir angesichts Ihres Antrages stehen, ist: Sie geben diesem Parlament keine Chance, ihn zu beraten, weil Sie Sofortabstimmung beantragen. Das ist der eigentliche Fehler Ihres Antrages. – Herzlichen Dank. (Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD und der LINKEN) Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich will den Gedanken aber aufgreifen. Entscheidend ist, dass wir aus diesem Hause ein klares Signal nach Tel Aviv und nach Jerusalem senden, dass wir an der Seite Israels stehen, dass wir aber auch die Interessen Israels in den internationalen Verhandlungen wahren. Israel erkennt unsere Teilhabe in den internationalen Verhandlungen an, weil wir den größten Schaden aus den Verhandlungen heraushalten. Das ist unsere Aufgabe, und das machen wir nicht, indem wir uns dort zurückhalten. Abschließend sage ich: Wir lehnen Ihren Antrag ab, weil Sie uns keine Chance zur Mitberatung geben, weil Sie auf Sofortabstimmung bestehen. In diesem Sinne: Liebe Kolleginnen und Kollegen, Ihr Antrag enthält viele gute Punkte. Lassen Sie uns im Laufe des Jahres einen neuen Anlauf nehmen. Lassen Sie uns aber vor allen Dingen nicht zurückfallen hinter den Antrag, den wir mit breiter Mehrheit im Frühjahr letzten Jahres verabschiedet haben. Herzlichen Dank. (Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)